

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30.— M., monatl. 10.— M.
...
Telegraphisch: ...
Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Nonpareillezeile
...
Anzeigen für die nächste Nummer
...
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97

Sonnabend, den 26. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53-54

Sozialdemokratischer Kulturtag.

Unter gewaltiger Beteiligung aller an dem kulturellen Aufstieg des deutschen Volkes interessierten Parteigenossen wurde am Donnerstag in Dresden der erste sozialdemokratische Kulturtag Deutschlands eröffnet, dessen Verlauf schon jetzt die schönsten Hoffnungen für die Zukunft sozialistischer Kulturarbeit erweckt. Deutschlands Aufstieg ist nicht an die Wiederaufrichtung des Militarstaates, sondern an die Wiedererweckung deutschen Geistes, deutscher Wissenschaft, deutscher Bildungsarbeit geknüpft — das ist die Erkenntnis, die auch diejenigen Genossen im Lande, die nur mit dem Herzen, nicht aber mit ihrer Person dem Kulturtag beizuwohnen können, erfüllt. Nachstehend geben wir in Ergänzung eines kurzen Vorblicks (vgl. Nr. 141 des „Vorwärts“) einen ausführlichen Bericht unseres Dresdener Berichterstatters.

Im Neufstädter Kasino begannen Donnerstag vormittag unter außerordentlich starker Beteiligung die Verhandlungen des ersten sozialdemokratischen Lehrtages Deutschlands. Die Reichsregierung war durch den Staatssekretär im Reichsministerium des Innern Heinrich Schulz vertreten, der gegen 11 Uhr die Verhandlungen eröffnete. Sozialdemokratischer Kulturtag und sozialdemokratischer Lehrtag seien beide etwas Neues in Deutschland. Nicht nur in dem Sinne, als ob erst jetzt die sozialdemokratische Partei sich ihrer kulturellen Verpflichtungen bewußt würde und erst jetzt ein tätiges Interesse für Lehrer und Schule befunden wolle, nein, solange die sozialdemokratische Partei bestünde, habe sie es als ihre erste und vornehmste Aufgabe betrachtet, für die Kulturinteressen einzutreten. Wo die deutsche Sozialdemokratie in den 50 Jahren ihres Bestehens irgend Gelegenheit hatte, tatkräftig für

die Hebung der Kultur

und die Verbesserung des Schulwesens einzutreten, da habe sie es getan.

Im Reichstage des alten Deutschlands habe sich dazu freilich nur eine recht schwache und schmale Grundlage geboten. Die Sozialdemokratie habe sie aber benutzt und die bürgerlichen Parteien gezwungen, sich mit diesen wichtigen Fragen zu beschäftigen. In den Landtagen habe die Sozialdemokratie aber in diesen Fragen im Vordergrund gestanden. Im größten deutschen Bundesstaat, in Preußen, sei es ihr allerdings nicht möglich gewesen, ihre Stimme zu erheben, sobald es aber der Partei gelungen sei, eine wenn auch nur kleine Anzahl Vertreter in das Parlament hineinzubringen, sei man dort auch sofort energisch ans Werk gegangen. In Sachen habe schon lange zwischen der Lehrerschaft und der sozialdemokratischen Partei eine äußerlich zwar kaum wahrnehmbare, aber innerlich vorhandene stille Arbeitsgemeinschaft bestanden.

Ein schweres Hindernis für eine wirkliche Hebung des Volkes bildete der

Widerstand der bürgerlichen Parteien.

Eine Tragik im neuen Deutschland sei es, daß jetzt, wo ein entschlossener freudiger Wille vorhanden ist, etwas für die Kultur zu tun, dafür keine Mittel mehr vorhanden sind. Deutschland sei auch kulturell heute nur noch ein Erdumkreisen. Trotzdem habe die sozialdemokratische Partei sofort die Arbeit aufgenommen, die ihr aber dadurch sehr erschwert werde, daß nur sehr schwer die Mittel aufzubringen sind. Für Kulturaufgaben müssen aber die Mittel vorhanden sein. (Lebhafte Bravo!) Nur auf kulturellem Gebiete könne Deutschland eine Weltgeltung erobern, wobei wir Sozialdemokraten tatkräftig mithelfen wollen. Nur dadurch, daß wir den Hochstand der deutschen Kunst und Wissenschaft halten, können wir die Stellung in der Welt erobern, auf die wir stolz sein dürfen. Möge der erste Kulturtag die Erwarungen erfüllen, die wir an ihn knüpfen. (Beifall.)

Der Redner hieß dann die erschienenen herzlich willkommen und gab dann bekannt, daß über 400 Lehrer, ferner Vertreter der Parteiführungs- und Jugendauschüsse, Vertreter der preussischen, sächsischen, braunschweigischen und anhaltischen Regierung, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, zahlreicher Landtagsfraktionen und Vertreter des sächsischen Lehrervereins und des Dresdener Lehrervereins erschienen sind.

Der Vorsitzende des Dresdener Ortsauschusses Genosse Schulz führte in seiner Begrüßungsansprache aus, daß die

Ziele und Aufgaben der sozialdemokratischen Lehrer

innerhalb der Partei klipp und klar herausgeschält werden müssen. Für die Großstadtlehrer biete es heute keine Schwierigkeiten mehr, der sozialdemokratischen Partei anzugehören, aber für den Lehrer auf dem Lande, der auf einseimem Posten stehe, sei es nicht so einfach, sich zur Partei zu bekennen. Wir wird zugerufen: Bayern! (Zuruf: Auch bei uns in Sachen! — Stürmisches Sehr richtig!) Die Tagung habe die sehr wichtige Aufgabe, diesen Genossen im Landtage das Rückgrat zu stärken. Der einsame Posten auf dem Lande dürfe nicht zu einem verlorenen Posten werden. (Lebh. Beif.)

Hierauf ergriff der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, Genosse

Otto Wels

das Wort zu folgenden Ausführungen:
Im Auftrage des sozialdemokratischen Parteivorstandes begrüße ich Sie, die aus allen Teilen des Deutschen Reiches zum ersten sozialdemokratischen Kulturtag herbeigeeilten Lehrer und Erzieher der heranwachsenden Generation.

In mir lebt der Stolz, der die Partei erfüllen darf, wenn sie an die erst 50 Jahre zurückliegende Gründung, an die darauf folgende Entwicklung von seltenhafter Bildung, von wirtschaftlichen und politischen Kampfpartei, die ihre Aufgabe zunächst in der Erfüllung rein agitatorischer Pflichten sah und von dort aus zum ausschlaggebenden politischen, wirtschaft-

lichen und — das sage ich mit besonderem Nachdruck — auch kulturellen Faktor im Leben unseres Volkes und Landes denkt.

Es war das schlichte Heidentum — es war der unerschütterliche, fleghafte Glaube an die hehre Sendung zur Arbeit an der geistigen und körperlichen Gesundheit der Welt,

der die ersten Befehrer des Sozialismus erfüllte, der Glaube an die Wahrheit des Wortes von der Gleichheit alles dessen, was Menschenanfällig trägt, jener alles bewingende Glaube, der Berge versetzen kann, der uns bis zu dieser Tagung geführt hat.

Es war aber auch die furchtbare Katastrophe, die uns und die Welt getroffen hat, die die Umwälzung unserer Staatsform und damit auch die politische Freiheit der in doppelten Fesseln lebenden Beamten und Lehrer gebracht hat. Wie ein Kartenhaus brach das anscheinend so feste Gefüge des alten Staates zusammen. Alle Fesseln wurden gelöst.

der demokratische und republikanische Gedanke

bekam Luft, Licht und Bewegungsfreiheit. Freilich sind längst nicht alle Hoffnungen gläubiger Illusionäre erfüllt worden. Manch plötzlicher Himmelsstürmer ist nach der ersten Enttäuschung scheu wieder zurückgewichen in das alte dumpfe Gehäuse geistiger Unterwerfung. Die Leute hatten wenig von dem Bekennermut in sich, der allein dem Sozialismus bisher die Welt erobert hat. Ihre Belehrung zum Marxismus war eine zu rasche gewesen, als daß ihr neues Bekenntnis aus wirklichem Entzücken und Begreifen dieser Lehre entspringen konnte.

Und andere, nicht klarer als sie, schossen über das Ziel hinaus. Ihnen war es zu mühsam, den ganzen sozialen Organismus in seinen Einzelheiten zu durchforschen. Unbelastet mit der Erdenlast der Kenntnis des Details vertrieben sie den Marxismus, so, wie sie ihn verstanden — selbst gegen Marx.

Genau so wie vor 30 Jahren die von Kautsky als Vulgärmarxisten bezeichneten es für notwendig hielten, die Lehre vom Klassenkampf gegen den damals noch lebenden Friedrich Engels zu verteidigen, „der Karl Marx nicht genügend verstanden hat“.

Der Marxismus hat sich im Kampf gegen andere ihm zum Teil verwandte Weltanschauungen seinen Platz erworben. Der moderne Materialismus,

die materialistische Geschichtsauffassung,

als der er sich darstellt, muß Gemeingut der heranwachsenden Generation werden. Durch Erziehung und Belehrung. Durch Aufklärung und geistigen Kampf. Nicht durch Gewalt. Dazu sind Sie berufen. Sie können Sozialisten erziehen ohne Parteipolitik zu betreiben, ja ohne den Namen des Sozialismus zu nennen. Vergessen Sie niemals das glühend optimistische Wort von Karl Marx, daß „sich die Welt immer neue Aufgaben stellt, die sie erfüllen kann“. Es wird Sie stets auf den richtigen Weg halten und Sie davor bewahren, Ihre großen historischen Aufgaben durch utopistische Schwärmereien zu gefährden.

Seien Sie stets eingedenk des Leitworts unseres Kampfes: Von Position — zu Position bis zum endlichen, endgültigen Sieg, in der festsicheren Ueberzeugung „Mag kommen was da mag, uns gehört die Zukunft“.

Damit rufe ich zu Ihrer Tagung, Ihnen, den Schöpfern des Geistes für das heranwachsende Deutschland, ein herzliches Glückauf! Der preussische

Kultusminister Konrad Haenisch

erklärte unter stürmischem Beifall, daß die Frage des Wiederaufbaus unseres Volkes in erster Linie eine Erziehungsfrage ist. Für Bildungs- und Erziehungsaufgaben müsse Geld da sein.

Der sächsische

Kultusminister Fleißner

stellte den erfreulichen Zustand fest, daß es in Sachen eine Lehrerschaft gibt, die in ihrer Mehrheit auf dem Gebiete der Schule vorwärts drängt. Das Reichsschulgesetz habe für ihn eine Enttäuschung gebracht (Hört, hört!), eigentlich aber auch nicht, weil die Reichsverfassung jeden ersten Fortschritt auf diesem Gebiete hemmt. Man dürfe sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß wir erst am Anfang schwerer Kämpfe stehen. Der Kampf für die sozialistische Schule sei ein eminent politischer Kampf und die Lehrer möchten gute Pioniere in diesem Kampfe sein.

Weiter sprachen dann noch Begrüßungsworte Ministerpräsident Bud, Reichstagspräsident Löbe für die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, Genosse König für die preussische Landtagsfraktion, der Vertreter des sächsischen Lehrervereins Schmidt und endlich Prof. Dr. Ludo Hartmann (Wien), der mit Nachdruck betonte, daß trotz dem Versailleser Gewaltfrieden der kulturelle Kompensationsverehr zwischen ihnen und drüben aufrecht erhalten werden müsse.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten, deren erster Teil der

weltlichen Gemeinschaftsschule.

gewidmet ist. Prof. Dr. Raddbruch (Kiel), MdR., sprach über Weltliche Schule und Weltanschauungsschule.

In dem gegenwärtigen Kampf um die neue Schulreform findet das Bewußtsein eines neuen Kulturgehalts Ausdruck. Hinter der Forderung der weltlichen Schule stehe das Herauskommen einer neuen sozialistischen Kulturauffassung. Überall leime die Ansicht, daß wohl der historische Materialismus unerschütterlich dastehe, der aber doch nicht zur Begründung der sozialistischen Rechtfertigungslehre genügt. Es sind Kräfte am Werke, den weltsozialistischen Hintergrund klarer aufzuzeigen. (Fortsetzung auf der 4. Seite des Hauptblatts.)

Das Schicksal Oberschlesiens.

Von unserem Sonderberichterstatter in Kattowich erhalten wir die folgenden Ausführungen über die Lage, wie sie sich nach der Abstimmung politisch gestaltet hat.

Die ober-schlesische Volksabstimmung hat dem deutschen Volke einen Sieg gebracht. Zahlenmäßig überschreitet der Anteil der deutschen Stimmen weit die Hälfte, er nähert sich stark einer Zweidrittelmehrheit. Dieser Sieg wurde unter starker Anteilnahme der deutschen Arbeiterschaft erritten. Die sozialdemokratische Partei Oberschlesiens stand — manchmal in einem scharfen und oft schmerzhaften Gegensatz zu der in Oberschlesien ebenfalls stark vertretenen polnischen Bruderpartei — mit an der Spitze der deutschen Agitation. Ebenso handelten die Gewerkschaften, die unter der Führung des Bezirkskartells ihren letzten Vertrauensmann für die deutsche Sache einsetzten und dafür schwer von polnischem Bandenterror betroffen waren. Die Verdienste des Bürgertums bei der Vorbereitung und Regelung der Abstimmung sollen damit ebenförmig bestritten werden wie die Hingabe der vielen tausenden Auswanderer, die Mühe und Beschwerde nicht gescheut haben, um an der Abstimmung teilnehmen zu können. Es muß aber gerade von uns betont werden, daß die arbeitende Bevölkerung einen wesentlichen Anteil an dem Erfolg hat.

Wenn es irgendeines Beweises bedurft hätte, um die Niederlage der Polen zu belegen, so ist es der, daß die Polen sich stark auf ihre Mehrheiten in manchen ländlichen Gemeinden berufen. Könnte man das für rein agrarische Bezirke noch einigermaßen verständlich finden, so ist das geradezu ein Unsinn, will man es für das Industriegebiet gelten lassen. Hier sind die Städte nicht nur, wie es die polnische Propaganda gern glauben machen möchte, die Hauptstütze des deutschen Bürgertums, — der Beamten, des Handels, der industriellen und kaufmännischen Angestellten —, sie sind auch die Brennpunkte der proletarischen Bewegung und oft nichts mehr als ins Große ausgewachsene Dörfer. Gleiwitz, Kattowich und Beuthen bergen einen großen Teil der Arbeiter, die in den anliegenden Gruben und Hütten beschäftigt sind, und Königshütte wie Hindenburg sind sogar bekannt als Proletarierstädte, deren Bevölkerung zu einem sehr guten, wenn nicht überwiegenden Teil von Hause aus zweisprachig ist. Wenn es also irgendwo anders möglich ist, Stadt und Land gegeneinander auszuspielen — hier besteht der Gegensatz jedenfalls nicht. Andererseits gibt es viele Ortschaften, die auch noch dem Namen nach Dörfer, trotzdem volkreich sind und deutsche Mehrheiten haben. Von diesen macht die Polenpresse wenig Aufhebens. So sind hier zu nennen Bismarckhütte, Schwientochlowitz, Chazow, Laurahütte, Siemianowich und noch viele andere mehr.

Der Versuch Polens, die Zahl der Gemeinden, die die polnische Stimmenmehrheit haben, gegen die tatsächliche Gesamtzahl in sein Feld zu führen, ist ein verzweifelter Vorstoß, den Friedensvertrag umzuwenden. Dieser überläßt bekanntlich Oberschlesiens Schicksal dem Entscheid der Interalliierten Kommission, die dabei die Abstimmungsergebnisse der Gemeinden und ihre wirtschaftliche und geographische Lage zugleich zu berücksichtigen hat. Wie von vornherein vorauszu sehen war, schließt diese doppelte Rücksichtnahme sich bei der überwiegenden Zahl der Ortschaften gänzlich aus. Oberschlesien ist wirtschaftlich und geographisch ein so einheitliches Gefüge, daß man keine Zusammenhänge ohne Verlust für beide Teile trennen, keine Grenzverschiebungen, die ein wichtiges Produktionsgebiet mit gleichzeitig darauf eingestellten Verkehrsstrahlen zu einem entlegenen Winkel ohne eigene Ernährungsgrundlage machen könnte. Darum kann nur die deutsche Mehrheit in dem gesamten Oberschlesien gelten, was nicht ausschließt, kleinere Grenzberichtigungen im Rahmen des wirtschaftlich und geographisch Möglichen vorzunehmen.

In diesen Tatsachen werden die etwa bestehenden Absichten einer Teilung Oberschlesiens scheitern. Wenn der „Daily Herald“ vor kurzem von fest umrissenen Plänen dieser Art gesprochen hat, so sind diese durch das Abstimmungsergebnis weit überholt. Zum mindesten erscheint es ausgeschlossen, daß der französische Plan einer Abtrennung des ganzen südlich der Bahn Kattowich-Beuthen-Gleiwitz gelegenen Industriegebiets heute auch nur noch erwogen werden könnte! Der englische Plan trägt den Mehrheiten in den Kreisen Biele und Agbnit stärker Rechnung, ist aber bei näherem Zusehen aus den obengenannten Gründen gleichfalls unhaltbar. Es wäre nicht der Mühe wert, auf diese Vorschläge einzugehen, wären sie nicht typisch für eine Auffassung von der Völkerdemokratie, wie sie bisher noch bei allen anderen Friedensbedingungen zutage getreten ist: Capen-Malmédy, Memelland, Westpreußen, Saar, Elsaß-Lothringen. Man gewährt gnädigst eine Abstimmung, wenn sie bequem, vermeidet sie, wenn sie un bequem ist. Aber auch dann, wenn sie schon gewährt werden muß, wird sie als Neben sache behandelt

oder gar als Mittel zu dem Zweck, die wirtschaftlichen und imperialistischen Wünsche der Gegnerstaaten zu verschleiern. Nur aus dieser Gemütsverfassung heraus läßt es sich erklären, daß man über Grenzfestsetzungen berät, nachdem man das Volk zu der Tortur einer Volksabstimmung über die nationale Zugehörigkeit aufgerufen hat — ihr Ergebnis ist für manchen Völkerverbund demokraten ganz und gar unerheblich.

Über gerade vom Standpunkt der einfachsten demokratischen Grundsätze aus wäre es ein schreiendes Unrecht, wollte man in der von den Polen geforderten Weise auf die Mehrheitsverhältnisse der Gemeinden eingehen. Viele der Landgemeinden, die für ein polnisches Oberschlesien eine Mehrheit ergaben, konnten in einem einzigen Abstimmungslokal abstimmen, das rund 600 Stimmberechtigte umfaßt. Oft kommen sogar mehrere Gemeinden auf eine Wahlabteilung. Dagegen stimmten viele Gemeinden mehr industriellen Charakters in 45, selbst 95 und mehr Abteilungen ab, wie Kattowitz und Königshütte, und selbst mittlere Dörfer des Industriegebietes mußten 10—15 Abstimmungslokale herrichten um die Abstimmung nach dem Reglement der R. durchzuführen. Ganz abgesehen von den politischen Folgen einer Auffassung, daß eine Industriearbeiterstimme nur einen winzigen Bruchteil des Gewichtes der Landarbeiterstimme, ein Zehntel und noch weniger davon haben sollte, — das bliebe ja nichts anderes als eine planmäßige Fälschung der Irredenta! — ist doch auch der wirtschaftliche Zusammenhang der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion maßgebend. Eine Stadt braucht eben ihre Lebensmittelgrundlage, das Dorf seinen Absatzmarkt. So kann man nicht die Gemeinde als grundsätzlichen Maßstab annehmen, man muß die Gebiete im größeren Umkreise zusammenfassen. Wozu man aber auch dann die Rechnung aufmacht, überall zeigt sich dann die überwiegende deutsche Mehrheit in den wirtschaftlich und geographisch zusammenhängenden Teilen. Dann schrumpfen selbst die Gebiete mit polnischer Mehrheit zu Gliedern und Teilen des deutschen Industriegebietes zusammen.

Das Ergebnis der Volksabstimmung war also ein Streich durch die Rechnung nach Gemeinden. Die Entente wird das zwar nicht ausdrücklich anerkennen, sie hat sich aber auch nicht amtlich zu den Teilungsvorschlägen bekannt. Und jedenfalls würde es genügen, wenn sie nun wenigstens, und zwar so rasch als nur möglich, zu einer Entscheidung kommt, die unbeeinträchtigt von allen vorausgegangenen Erwägungen den Volkswilligen, so wie er den Gesamtresultat nach lautet, in Kraft setzt. Mit anderen Worten: Oberschlesien bleibt deutsch.

Der oberschlesische Terror.

Kattowitz, 25. März. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Ein Aufruf der Gewerkschaften vom 1. März an die I. A. die Forderung erhoben ist, endlich wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen, damit die deutschgefunnte Bevölkerung ruhig und ohne Gefahr für Leben und Gesundheit ihrer Arbeit nachgehen kann. Ferner werden die Organisationsleitungen beauftragt, baldigst mit den polnischen Organisationsleitungen in Verbindung zu treten und mit diesen gemeinsam zu beraten, wie der geeigneten Arbeiterschaft die Ruhe und der Frieden wiedergegeben werden kann. Sollten alle diese Maßnahmen nicht zum Ziele führen, so behalten sich die Organisationsleitungen vor, geeignete Mittel zu ergreifen, um die deutschgefunnte Arbeiter- und Angestelltenchaft vor dem polnischen Terror zu schützen. Die organisierte Arbeiter- und Angestelltenchaft wird dringend ersucht, ohne Einverständnis mit ihren Organisationsleitungen nichts zu unternehmen.

In einer Verfügung des (britischen) Arbeitskontrollbüros Weußen wird die Auflösung der Flüchtlingslager gefordert! Dagegen protestiert der deutsche Abstimmungskommissar Dr. Urbanek um so nachdrücklicher, als keinerlei andere Möglichkeit zur Unterbringung der durch polnischen Terror Vertriebenen besteht. Auch ruft er gegen die schändlichen Heißjährlinge über die Ermordung von Landjägern in Kattowitz der Korfanischen „Grenzzeitung“ das Zeugnis des Arbeitskontrollbüros und des Obersten Codwell selbst auf. In diesem Protest heißt es wörtlich:

Kattowitz liegt 1 Kilometer von Weußen entfernt. In derselben Chaussee liegt 1 Kilometer weiter die Ortschaft Mochowitz, wo sich

während dieser Nacht ein starker Posten französischer Soldaten befand. Der französische Posten in Mochowitz hat während dieser weithin hörbaren Schießerei ein bemanntes Auto nach der Stadt Weußen geschickt. Dieses hätte über Kattowitz fahren müssen. Auf noch niemals von Autos beschleunigten Fesseln hat aber das französische Auto einen Umweg um Kattowitz gemacht und ist so nach der Stadt Weußen gekommen!

Meldet Terrorfälle.

Jeder Abstimmungsrechtige, dem durch polnische Gewaltmaßnahmen die Abstimmung erschwert oder unmöglich gemacht wurde, muß sofort seine Auslagen bei der nächsten Ortsgruppe der vereinigten Verbände heimatreuer Oberschlesier zu Protokoll geben.

Sachkundige Tschechen.

Prag, 25. März. (T.) Das sozialdemokratische Zentralorgan „Pravo Lidu“ verurteilt auf das Schärfste den Einfall der bewaffneten polnischen Banden in Oberschlesien. Die Geschichte von Tscheken wiederhole sich hier. Die Polen dürften die wenigen Freunde, die sie noch in Europa haben, verlieren. Zu beklagen sei, daß das aus dem unerfüllten Geiste des kapitalistischen Imperialismus hervorgegangene Vorgehen der Polen neues Öl in das Feuer der deutschen Reaktion gießt und deshalb unerhörte Konsequenzen nach sich ziehen könnte.

Die „Sanktionen“.

Von einem Kenner des Völkerrechts wird uns geschrieben: In seiner Kammerrede vom 17. März d. J. hat Herr Briand den Versuch unternommen, die Sanktionen juristisch zu rechtfertigen. Er hat dabei folgendes ausgeführt: Deutschland habe den Friedensvertrag verletzt, insbesondere hinsichtlich der Kriegsschuldigen, der Entwaffnung, der Kohlen und der Zahlung von 20 Milliarden bis zum 1. Mai 1921. (Es ist beifällig bemerkt, sehr interessant, daß die Behauptung einer Vertragsverletzung bei Kohlenlieferungen in London nicht einmal aufgestellt worden ist.) Diese Verletzungen des Vertrages genügen als Begründung der Sanktionen. Die Alliierten hätten zur Zeit der Ratifikation des Friedens in einer Note ihr Recht betont, außer der besonders im Vertrage vorgesehenen Sanktion auch die allgemein nach dem Völkerrecht zulässigen Sanktionen anzuwenden. Gegenüber einem widerspenstigen Schuldner habe der Gläubiger das Recht, Pfänder zu ergreifen. Die französische Kammer hat diese Erklärung mit lebhaftem Beifall begrüßt.

In rechtlicher Hinsicht ist jede einzelne der Behauptungen des Herrn Briand falsch. Es ist nicht richtig, daß Deutschland die vertraglichen Verpflichtungen über die Kriegsschuldigen, die Entwaffnung, die Kohlen und die Zahlung der 20 Milliarden bis zum 1. Mai 1921 nicht erfüllt hätte. Es ist nicht richtig, daß das Völkerrecht, wenn in einem Vertrage die Folge der vorsätzlichen Nichterfüllung dieses Vertrages bis ins einzelne geregelt ist, daneben noch die Anwendung weiterer Zwangsmittel als zulässig ansähe. Es ist überhaupt nicht richtig, daß im Verkehr zivilisierter Staaten zur Erzwingung vermögensrechtlicher Leistungen die militärische Befehung des Gebietes des anderen Staates zulässig wäre. Unter der Herrschaft der Völkerbundakte ist, wie immer wieder betont werden muß, ein unmittelbares Recht zu Repressalien überhaupt nicht mehr gegeben.

Entscheidend fällt folgendes ins Gewicht: In der feierlichen Antikündigung der Sanktionen in der Sitzung vom 3. März 1921 in London hat Mr. Lloyd George ausdrücklich erklärt, daß die Alliierten, falls Deutschland dem Ultimatum nicht entspreche, vom 7. März ab „auf Grund des Friedensvertrages“ mit den bekannten Sanktionen vorgehen werde. Inzwischen haben die Alliierten sich anscheinend überzeugt, daß der Friedensvertrag ihnen derartige Rechte nicht gibt.

Auch der englische Generallstaatsanwalt hat im Unterhause keine einzige Bestimmung des Friedensvertrages zugunsten der Alliierten anführen können. Es ist ein elender Trostheiß, wenn jetzt die falsche Behauptung aufgestellt wird, daß das Völkerrecht derartige Sanktionen gestatte.

Die Ohren des Dichters verlagern vor dieser inneren Taubheit. Sein Mut zum großen Spiel war nicht ein Stolz, sondern eine übertriebene Demut, eine allzu unbesonnene Versenkung in literarische Zeltmode, ein allzu schnell vergeudetes Opfer für einen Stil, der sich zum Bühnengemeindestil gar nicht eignet. Die hohe, abstrakte Prophetensprache im Drama, die Passionsprache von 1921, die mit Religion überladen ist, erklang wenigen Berufenen. Nachgeahmt wurde sie dann. Jech, selbständig, lobenswert, lebenswürdig sogar in dem Grenzgebiet seines nicht unbeträchtlichen Talents, versinkt in die öde Nachahmung. Daß man ihn auf die Bühne führte, war nicht ein Versuch, der zu preisen ist. Nicht Jungdeutschland wurde so gefördert und aus Mitteln der Volksbühne dem Volke ins Gemüt geführt.

Hochtheaterpathos — Volkstheaterpathos, vom Dichter dröhnt es, vom Regisseur, der ihn beratend unterstützt, von den Schauspielern, die im „Neuen Volkstheater“ Heinz Goldberg berät. Der dichterische Stil dieser Dramatik ist byzantinisch erstarrt. Soll der Darsteller still dieser Dramatik auch erstarren? Das Bild der Bühne, dieses magere, abgeschabte, dem materiellen Menschen nur nützliche Bild ist nicht mehr anzusehen. So viel Einzelnigkeit ermüdet bis zum Ueberdruß. Das ständige Geschrei der Schauspieler, die nicht mehr messen und nur noch dröhnen, macht die Ohren schließlich überreizt und ganz taub. Trotzdem wurden der Darsteller und Dichter zum Schluß lebhaft gerufen.

Der Abgrund.

Ich habe heute in einen tiefen Abgrund geschaut. Und was ich sah, machte mich schauern. Jählings, mitten im Frühling, stand ich davor, und schwere, giftige Nebelschwaden entstiegen dem Grunde. Das nahm mir den Atem und ich taumelte erschrocken zurück, ließ weit, weit über die Ebene, fand kein Gehör mehr für der Vögel Frühlingssang, hatte kein Auge für Märzsonnensommer; nur fort, fort stürmte mein Blut. Und ich ließ, bis Sterns leuchteten und Märznacht mich frösteln machte.

Ich habe heute in eine schwarze Menschenseele geschaut, bis auf den Grund, für einen Moment nur. Aber fest steht und unergänglich das Bild. Jehrender Haß fraß da im Innern, und Schwaden der Verleumdung entquollen der Tiefe. Die umnebelten den Blick und hüllten Menschen in dichten Schleier; nur Schollen blieben zurück. Und eine kalte, belöbende Stimme sprach grimmige Worte: Du auch bist meiner Seele Bild! Es folgte ein hohnvolles Lachen.

Du auch bist meiner Seele Bild!... Ihr alle!... Da ging ich zum Freunde in die nahe Stadt. Mein Freund war Frühlingstrauer, sprach vom März, von Sonnens und Werden und Licht; Jubel lohte in dieses Mannes Seele und Zuversicht sprach die Augen.

Vorläufig keine weiteren Sanktionen?

Paris, 26. März. (E.) Aus den Pariser Morgenblättern gewinnt man den Eindruck, daß (trotz allem Geschimpf) neue Strafmaßnahmen gegen Deutschland einstweilen nicht zur Anwendung kommen sollen. Die Mehrheit verweist darauf, daß man bereits in London zu der Einsicht gekommen sei, Deutschland werde nicht in der Lage sein, bis zum 1. Mai die ihm durch den Friedensvertrag auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Auch Lloyd George habe in seinen Reden in London bereits durchblicken lassen, daß Deutschland sich dieser Verletzung gegenüber dem Vertrage schuldig machen dürfte.

Die französischen Pensionen.

Paris, 26. März. (E.) Am 22. März wurden die deutschen Vertreter von der Wiedergutmachungskommission über die Pensionszahlungen an die alliierten Länder befragt. Sie erklärten, daß die Kosten für Medikamente und chirurgische Apparate von Deutschland nicht zu bezahlen seien. Auch erklärt Deutschland, daß der französische Pensionsersatz anzuwenden ist, sei er höher oder niedriger als der deutsche. — Deutschland hat bis zum 1. Januar 1921 19 000 Tonnen Ammoniumsulfat geliefert, das einen Wert von 4 1/2 Milliarden Goldmark hat. Lieferungen von Teer durch Deutschland sind nicht erfolgt. Die Wiedergutmachungskommission fordert die Lieferung von 35 000 Tonnen Beton innerhalb der nächsten 3 Jahre, vom 1. Februar 1921 an gerechnet.

Ein Interview mit Hindenburg.

Paris, 26. März. (E.) Ein französischer Major hatte eine längere Unterredung mit Hindenburg. Auf die Frage, wie die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich gebessert werden könnten, erklärte Hindenburg, daß gegenseitige Reisen dazu beitragen könnten. Solange aber der Haß Frankreichs gegen Deutschland in solcher Weise wie bisher ausarte, obwohl wir den Frieden haben, und solange die gegen uns angewendeten Mittel auch auf unserer Seite den Haß anwachsen lassen, ist dies unmöglich. Wir sind im Frieden und jetzt dauert der moralische Krieg noch immer fort.

Herfurth endlich durchschaut!

Kommunistische Spitzelführer.

Bereits im Juli 1919 konnte der „Vorwärts“ feststellen, daß eine der kommunistischen Hauptgrößen des Berliner Volksrats, späterer Führer der Arbeitslosenräte, Hans Bruno Herfurth, ein mehr als verdächtiges Subjekt sei. Während einer kurzen Haft hatte Herfurth sich z. B. jämmerlich benommen, um Gnade zu gewinnen und selbst bürgerliche Politiker um ihren Beistand angefleht. Die Folge unserer Feststellung war eine ellenlange Berichtigung von Herfurth und pöbelhafte Wutangriffe der linksradikalen Presse gegen den „Vorwärts“. Jetzt schreibt die „Kommunistische Arbeiterzeitung“:

Der ehemalige Genosse Herfurth (Schöneberg) ist als Spitzel entlarvt worden. Herfurth ging von der KPD zum Bund der Kommunisten, hat regelmäßig im Reichswehrministerium verkehrt und Berichte über die kommunistische Bewegung geliefert.

Die „Freiheit“ kann die Personalkarte Herfurths noch um einiges ergänzen. Herfurth war 1919 gleichzeitig Mitglied der U.S.P. und der KPD, hat als Kommunist gegen die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, als Unabhängiger dafür gesprochen, ist vor dem Kriege zwar nicht als Sozialdemokrat, aber als Heiratschwindler und Schuldenmacher hervorgetreten usw.

Dieser Herfurth war einer der Hauptmänner des Märzputsches von 1919 gewesen. Alles, was man heute von ihm weiß, hätte man auch damals auf linksradikaler Seite von ihm wissen können, wenn man gewillt hätte. Aber als Maulaufreißer und Phrasenheld genöth Herfurth die kommunistische Immunität. Wer in Versammlungen gegen ihn sprach, der riskierte eine Tracht Prügel oder schlimmeres. Was haben sozialdemokratische Sprecher in jener Zeit zu erlauben gehabt, wenn sie die Kommunisten vor Führern a la Herfurth warnen! Das war März 1919.

Wie damals vor Herfurth, so warnen wir die Kommunisten heute vor denjenigen Führern, die sie in den sinnlosen Putz hegen. Dafür werden wir von der „Roten Fahne“ und der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ nach Kräften beschimpft.

„Wußt ich doch, daß nach solchem Sonntag Frühling, Jugend zu mir kommt... Jedoch: Du bist nicht froh! Mitten im Frühjahr die Stirn voller Wolken?“

Und so erzählt ich, was mir begegnet.

Ich hatte lange geendet und nach immer blieb er stumm. Doch endlich hob er an: „Ich kenne jenen Abgrund, in dem Haß, Neid, Mißgunst, Eigennutz und Ohnmacht wild durcheinander quirlt; ich kenne Menschenseelen, die, vom Sonnenlicht geblendet, in düstrem Schatten sich nur wohl fühlen, die hoffnungslos die Jugend hoffen, den Schaffenden fluchen, weil ihnen Glückseligkeit in ihren Worten misst; ich kenne jene stillen, schwarzen Tümpel, in denen Stern und Sonn' sich spiegeln, und die darob wahren, so schwarzer Morast sei auch Sonn' und Stern!“

„So viel Haß in einer Seele; das ließ mich erschrecken.“

„Wahrlich, Freund, hätte vor so abgrundtiefem Haß dein Ich. Du wirst nicht froh des Lichts, es sammelt sich nur Bitternis. Sei sonnenfreudig-gläubig; denk an das, was werden soll und muß! Ermuntere mit jugendlichem Drängen Jüngende und Mäde, weise den Zweifelnden die Zeichen des Werden und Wese in ihnen das heilige Wollen höchster Menschlichkeit: Bruder zu sein dem Nächsten! Mit deinem hohen, heiligen Ich durcglühende dein Wert, es wird Samen legen in die Seelen der Andern, werden und spritzen über dich selbst hinaus hundert- und tausendfältig.“

Kein innerlich Streben aber findet Nöthen im Mommen und Ehre und Rang — denn alles große Sehnen geht nach Vollkommenheit und Harmonie.“

Epä in der Nacht hallte mein Schritt durch die schlafende Stadt. Ich hab' an das Wort eines Dichters gedacht: „Alles kann der Mensch entbehren — nur den Menschen nicht!“..... W. B.

Alfred de Musset als Schachspieler. Alfred de Musset spielte gewöhnlich in dem berühmten „Café de la Regence“ und bildete mit Guizot, dem Herzog Decazes und dem Marschall Soult zusammen das Quartett der stärksten Schachspieler des zeitgenössischen Paris. So ist beispielsweise das für unlösbar gehaltene Problem des Matt mit zwei Springern von dem Dichter der „Luise“ gelöst; es heißt selber das Problem Musset. Als am 24. Februar 1848 in den dem Café benachbarten Straßen der Barrikadenkampf tobte, spielte Musset in aller Eile eine Partie mit einem gewissen Delagorgue, der den Spitznamen des „Elefantenjägers“ führte. Eine Kugel schlug trachend in einen Spiegel des Cafés und zertrümmerte ihn in tausend Scherben, die auf den Tisch der Spieler herabprasselten. Der „Elefantenjäger“ nahm schleunigst Reißfuß, aber der Dichter wollte gelassen einen Keilner, der offensichtlich ein starker Spieler war, heran und zwang ihn, die Sache des fahnenflüchtigen Partners zu Ende zu führen. Und Musset vorker die Partie.

Dürers Selbstbildnis im Louvre. Der Louvre hat jetzt den bedeutendsten Ankauf machen können, der ihm seit langem gelungen ist: er erwarb das Selbstbildnis Albrecht Dürers von 1493. So sehr zu bedauern ist, daß das Werk seiner Zeit, als es aus der Leipziger

Paul Jech: „Verbrüderung“.

I. Literarische Sonderdarstellung der Volksbühne.

Paul Jech hat Sympatien von starker Tönung gedichtet. Er beherrscht die Welt des Waldes als ein inniger Wanderer. Er malte in einer sehr gedungenen, durch Greifbarkeit ausgezeichneten Sprache die Arbeitertrage und die bergmännische Dunkelheit. Er war kein vollstimmiger Dichter, obwohl er aus dem Volke kam. Die Form, die er suchte und die ihm auch gelang, stempte ihn zu einem besonnenen, bewußten, seine Mittel mit Klugheit regelnden Künstler. Geschichten mit bergmännischen Ereignissen, die er schrieb, erweckten den Eindruck, daß er zur breiteren Bedeutung kommen würde. Die Begebnisse, die sich ihm bildeten, waren schlicht. Die Nooeliten-sprache, die er bewältigte, reinigte sich von rein literarischen Bräuden. Zwei Menschen verrieten sich in Jech: die grübelnde und zeitweis auch erhobene Spritersstimmung, die epische Natur, die geradeaus in Phantastie und Herz der Menge zu steuern schien.

Was er dramatisch entwarf, zu fünf „Stationen“ eines „Sühnenbildes“ verknüpfte und dem unternehmungslustigen künstlerischen Ausschuß der Volksbühne anvertraute, ist leider ein aufgeblommertes, vergaßenes, einformiges Werk. Man zweifelt bei den ersten Worten gleich, ob Paul Jech ins Theater gehört. Die Gründe des Zweifels sind leicht zu fassen: Was er dramatisch von sich stößt, sieht aus wie der noch dreiege, noch unverarbeitete Gold- oder Silberbarren, den der Ringschmelzer aus dem Ofen zieht. Dieser Gold- und Goldmacher wirft die alten Münzen aus der Mulde und Schaufel in die ungeheure Blut. Er zieht nach einiger Zeit etwas heroor, was vollkommen einem Klumpen schmutzigen Metalls gleicht. Die Edelarbeit des Polierens, Schmiedens, Prägens, Wägens macht aus dem Unansehnlichen erst das Edle. Diese Edelarbeit wird bei dem dramatischen Versuche Jechs ganz vermißt. Alles, was er zusammenschmilt, wird nur Wirtwar und Durcheinander. Unnötig blüht sich in die Worte, die hinausstingen. Er wird petinlich stammelnd. Dabei ist das Gerüst der Dinge eine alltägliche Geschichte von dem Vater und dem Sohn, sogar eine Rosportagegeschichte. Der alte Arbeitertrann, der die Angestellten Blut schwichen läßt und dafür durch Haß und Abscheu belohnt wird. Der Junge erst ein Romdg, dem die Million und die Mädchen der Arbeiterinnen noch weniger als heilig ist. Nun schmeißt es den Alten in Berfemung und Verflinn. Nun kippt der Junge in Hellende- und Apofelideale um. Er wird vom Vater als Rächer gegen die Rachsucht der unterdrückten Proletarier aufgerufen. Er geht aber seinen eigenen Weg, indem er mit Macht zu der Sache der Armen abgewinkt. Das ist Kern des Wirklichen. Ins Hapfobische wird alles gehoben. Der Hapfobide jedoch überschreit sich. Hochtheaterpathos der Vergangenheit war glücklich, Volkstheaterpathos von heute ist nicht minder abjektiv.

Gewerkschaftsbewegung

Lohnkampf der Schauspieler.

Die Bühnengehörigen tagten am Freitag im „Ufa-Palast“, um zu der Antwort der Bühnenleiter (Theaterdirektoren) auf ihre Forderungen Stellung zu nehmen. Referent Dr. Czempin brachte mit den Bühnenleitern geführten Schriftwechsel und das Resultat aller gepflogenen Verhandlungen zur Kenntnisnahme. Aus den Antworten sei ersichtlich, daß der Wille zur Verständigung fehle. Man wolle den Bühnengehörigen weder Jahresvertrag noch den geforderten Urlaub bewilligen, weil dies undurchführbar sei. Zur Begründung hat man angeführt, daß die Bewilligung die Stagnation und den künstlerischen Ruin für das Theater bedeuten würde. Die Bühnen dürften nicht zur Verbesserung solcher Kräfte werden, die durch Zufall ein günstiges Engagement erhalten hätten. Dabei steht noch gar nicht fest, ob bei einer mündlichen Verhandlung nicht eine Modulation unserer Forderungen hätte erreicht werden können. Wir müssen entschieden auf eine mündliche Verhandlung dringen.

In der folgenden Aussprache bemerkte Halben, daß die Direktoren „den freien Muskel der unbedingten Verhandlung spielen lassen“. Den Kollegen sei aber eine Auferstehung, nicht eine neue Passion zu wünschen. Hr. Borchardt (Hamburg) wundert sich, daß selbst unter der Kollegenschaft noch über die Berechtigung der Forderungen gestritten werde. In Hamburg sei aus dem ursprünglichen „Rein“ ein „Ja“ geworden, nachdem man dort den Direktoren eine Frist von 48 Stunden gegeben habe. Nur 24 Stunden habe der Streik gedauert. Die Kollegenschaft hat einen zwölfmonatigen Vertrag erreicht und es ist ihnen dazu vom Karl-Schulpe-Theater und dem Operettenhaus ein vierwöchiger, vom Opernhaus ein sechswöchiger und vom Deutschen Schauspielhaus sogar ein sechs- bis achtwöchiger Urlaub bewilligt. Und das ohne Gegenleistung. Die anderen dortigen Theater blicken auf Berlin; sie bitten um Frist. In Hannover haben wir die Forderungen mit vier Theatern abgeklärt. Man hat uns zugestanden, daß unsere Forderung eine soziale Berechtigung habe. In der weiteren Diskussion sprachen u. a. ein Vertreter der Theatermusiker und Flatau als Vertreter des Ufa-Bundes den Schauspielern die Sympathie aus. Es liegen zur Abstimmung zwei Resolutionen vor. Nach der ersten spricht die Versammlung ihre Entrüstung darüber aus, daß die Forderungen trotz der Abmachung im Dezember v. J. abgewiesen sind. Sie verlangt eine neue Verhandlung bis heute Sonnabend mittag. Die zweite verpflichtet die Berliner Ortsverbände nach eventueller Ablehnung der Verhandlung noch am Sonnabend eine Abstimmung in allen Betrieben über den Streik vorzunehmen, der eventuell am ersten Osterfeiertag um 10 Uhr beginnen soll. Beide Entschlüsse wurden gegen wenige Stimmen angenommen.

Streik- und Lohnfragen der Schmiede.

Die Schmiede Berlins behandelten in einer Vollversammlung am Donnerstag den Streik der Innungsschmiede. Weiß gab einen Bericht über die Entwicklung der Lohnbewegung der Schmiede in Innungsbetrieben, die, wie wir schon berichteten, am 15. März wegen des hartnäckigen Behaltens des Innungsvorstandes zum Streik führte. Jetzt liege es an der Kollegenschaft im Allgemeinen, die Streikenden in jeder Beziehung zu unterstützen. Die gesamte Kollegenschaft sei interessiert am Ausgang des Streiks der Innungsschmiede und daran, daß der Metallarbeiterverband als Verhandlungskontaktpunkt anerkannt werde. Der Innung müsse klar gemacht werden, daß alle Schmiede Berlins mit moralischer und finanzieller Unterstützung hinter ihren streikenden Kollegen ständen. — Im selben Sinne äußerten sich sämtliche Diskussionsredner. Einstimmig wurde beschlossen, daß alle arbeitenden Schmiede Berlins bei der bereits eingeleiteten Untersammlung verpflichtet seien, zugunsten der Streikenden wöchentlich einen Stundenlohn zu zahlen.

Das beriet man über die Lohnfrage der Hammerführer, Kranführer und Pressführer der großindustriellen Betriebe, namentlich der Lokomotivbetriebe. Die Hammerführer fordern eine bessere Entlohnung. Da sie sonst das Gleiche leisten wie die Helfer, so hält man es für notwendig, ihre Forderungen zu unterstützen. Um ihnen gerecht zu werden, hält man ihre Beteiligung am Kampf, vielleicht mit einer kleinen Spannung gegenüber den Helfern, für angebracht. Damit sie ohne eine Beeinträchtigung des Verdienstes der Schirmermeister zu ihrem Rechte kommen, sollen die Unternehmer einen Prozentsatzschlag zum Abford zahlen. Die Versammlung beschloß, in diesem Sinne die Forderungen der Hammerführer zu sanktionieren und bei den Unternehmern entsprechende Verhandlungen zu beantragen.

Lohnbewegung in den Berliner Wagh- und Schließgesellschaften.

In einer am Donnerstag tagenden Vollversammlung der Waghangeestellten gab Seube vom Transportarbeiterverband einen eingehenden Bericht über die mit den Unternehmern geführten Verhandlungen. Von den Waghgesellschaften haben sich 9 zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Die Verhandlungen, die mit dieser Arbeitsgemeinschaft geführt wurden, verliefen resultatlos, da die Unternehmer erklärten, keine Zugeständnisse machen zu können. Die Unternehmer schlugen vor, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Am 18. März folgte der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch, wonach die alten bestehenden Tarifverträge bis zum 30. Juni verlängert werden sollten. Der Lohn für Separatwächter soll für April um 35 M., für Mai um 45 M. und für Juni um 50 M. pro Monat erhöht werden. Für Revierrwächter, Oberwächter und Kontrolleur soll der Lohn für April um 75 M., für Mai um 85 M. und für Juni um 95 M. pro Monat erhöht werden. Des weiteren soll eine Ueberbühnenabhebung um 75 Pf. eintreten. Im übrigen soll es auch bezüglich der drei freien Nächte bei den bisherigen Bestimmungen verbleiben. Eine Vertrauensmännerkonferenz, die sich mit den einzelnen Zugeständnissen befaßt, hat beschlossen, der Vollversammlung zu empfehlen, den Schiedsspruch anzunehmen. Des weiteren bemerkt Seube, daß Herr Direktor Braun als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft mitgeteilt habe, daß die Unternehmer den Schiedsspruch ablehnen, jedoch unter der Bedingung, daß der Tarifvertrag um sechs Monate verlängert, den Schiedsspruch annehmen würden. Die Unternehmer wären dann bereit, den Lohn für Juli bis September für Separatwächter um 25 M., für Revierrwächter, Oberwächter, Kontrolleure und Wachtmeister um weitere 30 M. pro Monat zu erhöhen. In der Diskussion wurden von den meisten Rednern die Zugeständnisse als gänzlich unzureichend erklärt. In der Abstimmung wurde der Schiedsspruch mit knapper Mehrheit angenommen, dagegen der Vorstoß der Unternehmer, den Tarifvertrag auf 6 Monate zu verlängern, mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Es wurde beschlossen, am Freitag, den 1. April, nochmals eine Vollversammlung stattfinden zu lassen, wo dann eventuell der Streikbeschluß gefaßt werden soll.

Der Zentralverband der Angestellten setzte die am 8. März vertagte Generalversammlung am Donnerstag in den „Sophienböden“ fort. Zunächst wurden mehrere Anträge verlesen. Ein Antrag Wolff verlangt, daß die Amsterdamer Internationale aus dem

Internationalen Arbeitsamt austreten soll. Die Geschäftsleitung beantragt: an der Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgebern nicht mehr teilzunehmen; eine Regelung des Lehrlingswesens durch die Gewerkschaften; Anerkennung des Internationalen Arbeitsamts durch die Amsterdamer Internationale; Ausbau der Sozialversicherung; Ausbau der Jugendbewegung.

Ueber diese Anträge entspann sich eine längere Aussprache, in der Franz Krüger sehr ausführlich auf den Antrag Wolff einzog und insbesondere darauf hinwies, daß das Internationale Arbeitsamt auf Grund des Versailler Friedensvertrags aus Vertretern verschiedener Länder bestehen soll. Es fragt sich nun, ob die Regierungen freigewerkschaftliche Vertreter entsenden wollen. Ob man die Arbeitsgemeinschaften über Nord werfen wolle oder nicht, sei keine grundsätzliche, sondern eine Frage, ob man sich stark genug fühle, ohne diese Gemeinschaften die Interessen des Proletariats besser zu wahren. In seinen weiteren Ausführungen wandte sich Redner mit aller Schärfe gegen die kommunistischen Hegeleien und kam unter lebhaftem Beifall zu dem Schluß, daß in die Organisation jeder hinein gehöre, der die Grundzüge derselben anerkenne, und jeder hinaus, der diese Grundzüge zu vernichten trachte.

Die Entschließung gegen die Arbeitsgemeinschaften wird angenommen, ebenso die für Regelung des Lehrlingswesens und die für den Ausbau der Sozialversicherung.

Ueber die von Wolff beantragte Entschließung und die beantragte Anerkennung des Internationalen Arbeitsamts soll in der nächsten Versammlung nochmals verhandelt werden.

SPD-Metallarbeiter der Anordbrems. Der Fraktionsvorstand hat beschlossen, daß unsere Kollegen entsprechend der Beschlüsse unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen sich an keinem Generalstreik beteiligen.

Groß-Berlin

Gegen die Mieterzentrale.

Für den Anschluß an Dresden.

Um eine klare Stellungnahme zur Berliner Mieterratszentrale herbeizuführen, hatte der Mieterverband Schönberg am gestrigen Freitag eine Konferenz aller derjenigen Vorort- und Provinzgruppen einberufen, welche dieser von Kommunisten geleiteten Organisation nicht mehr länger angehören wollen. Betreten waren 23 der genannten Gruppen durch 53 Delegierte. Herr Völke, 1. Vorsitzender der Gruppe Schönberg, beleuchtete kurz die Mieterbewegung, die schon lange vor dem Kriege bestanden hätte. Heute habe sie alle Bevölkerungsklassen erfasst, sie dürfe daher auch unter keinen Umständen irgendwie einseitig politisch ausgeübt werden. Dabei streifte Redner dann sehr treffend die bisherige „Arbeit“, die die Mieterratszentrale geleistet habe. Während die Hausbesitzer im stillen emsig gegen die Mieterbewegung arbeiteten, seien die Mieter von dieser „Zentrale“ nur mit Proben bedacht worden. (Großer Beifall.) Er frage, ob die jetzige Leitung des Berliner Mieterverbandes wirklich unpolitisch sei? Ein allgemeines „Rein“ scholl ihm entgegen. Es müsse ein Mitgliedschwund einsehen, wenn Politik innerhalb der Mieterbewegung getrieben würde. (Allgemeine Zustimmung.) Es könne nur eins geben: Zusammenfassung aller Mieterverbände zu einem einheitlichen großen Ganzen, bei voller Wahrung und Berücksichtigung der einzelnen örtlichen Strukturen! — Der Redner bespricht dann noch die Konferenz in Dresden zwecks Einigung mit Berlin. Die Zentrale habe hierzu nur die ihr genehmen „Delegierten“ bestimmt, aber nicht gewählt! (Allgemeine Entrüstung.) So sei denn auch in Dresden zu keiner Einigung gekommen, weil Klein auf sein „Einigungsprogramm“ bestanden habe. Die Zentrale bestehe auf den Hauptpunkt: „Aneignung des Grundbesitzes ohne Entgelt“, während Dresden umgekehrt denke. Redner berührt dann noch kurz den Streik und verneint ihn ebenfalls, weil die Vorbedingungen dazu nicht gegeben sind. Ohne Fühlungnahme mit den großen Gewerkschaften und den übrigen großen Mieterverbänden koste ein solcher Streik nur Geld und bringe ein klägliches Fiasko. (Allseitige Zustimmung.) Er empfiehlt dann zum Schluß nochmal den Anschluß an Dresden als der größten und stärksten deutschen Mieterorganisation. Seine Rede wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Die Diskussion war äußerst reger und erging sich durchweg im selben Sinne. Es wurde noch vieles über die unfähige Berliner Zentralleitung ergänzend hinzugefügt.

Ganz besonders wurde deren unverantwortliche Schuldenswirtschaft kritisiert und verurteilt. Die kleineren Gruppen lehnten es ab, für die Schulden der großen aufzukommen. Verurteilt wurden dann noch allgemein die unwahrhaftigen Berichte, die Klein über die Sitzung in Dresden gegeben habe. Ganz besonders heftig wurden Klein und Gausch von einem Mitglieds aus Weiskensee, der sich zur KPD. bekannte, angegriffen; dieser Redner warnte vor ihnen, weil man nicht wisse, „von wo sie gekommen“. Alle Diskussionsredner lehnten den Streik als einseitig politisches Manöver ab.

Es wurde dann eine Entschlüsselung angenommen, die die Gruppendelegierten ersucht, innerhalb ihrer Reihen für den Anschluß an Dresden zu wirken und dann zu einer zum 24. April einberufenen neuen Sitzung den entscheidenden Beschluß ihrer Gruppe mitzubringen. Die Aufnahme dieser Entschlüsselung zeigte schon ganz deutlich die Stimmung; man hat diese untätige, nur schädigende Geschäftsleitung seitens der Klein und Genossen satt. Man will endlich auch hier in Berlin etwas für die Mieter brauchbares schaffen über jede Personenfrage hinweg, und nicht nur gute Poststellen.

Der Anschlag auf die Siegessäule

Ist, wie das Wolffsche Telegraphenbureau berichtet, nach den weiteren Vernehmungen der an dem geplanten Verbrechen beteiligten Personen bis in alle Einzelheiten vorher besprochen und festgelegt worden. In einem Lokal im Norden Berlins wurde der Plan gefaßt, zur Feier des Rapp-Busses, wie der Vater dieser Idee sich ironisch ausdrückte, zunächst die Siegessäule anzufügen zu lassen. Andere Attentate sollten folgen. Die Personen, die sich zu einem Anschlag anwerben ließen, insgesamt 15 Mann, haben dann bereits vom Freitag nachmittags ab an der Siegessäule Wache gestanden und sich nach militärischem Muster alle zwei Stunden abgelöst, um dort die Situation bezüglich der Bewachung der Säule kennen zu lernen und auch zu beobachten, wann die Streife der Schutzpolizei den Platz zu passieren pflegte. Bereits in der Nacht zum Sonnabend hatte einer der Täter, ein Burche von erst 19 Jahren, der aber schon wegen 6 verschiedener Verbrechen mehrere Jahre hinter Gefängnismauern zugebracht hat, mit einem sogenannten „Haken“ das Tor der Siegessäule geöffnet. Am Sonnabend abend versammelten sich alle Teilnehmer in der Wolffschen Wohnung und rückten früh um 4 Uhr in kleinen Trupps nach der Siegessäule ab. Während zwei Mann nach Öffnung des Tores die Treppen hinaufstiegen und den Kartton mit den Sprengmitteln dort andröckten, hielten zwei andere mit geladenen Revolvern am Eingang Wache. Die übrigen Ber-

schwörer postierten sich um die Siegessäule. Um 5 Uhr 5 Minuten wurde wiederum nach Vereinbarung die Zündschnur angezündet und dann zog die Schar auf einen Pfiff ab. Sie beabsichtigte aus dem Bereich der Siegessäule zu kommen, da nach ihren Berechnungen 13 Minuten später, also 5 Uhr 18 Minuten, die Explosion hätte erfolgen müssen. Wie schon am 12. März vereinbart, trafen am 21. d. M. die Verschwörer wieder bei Wolff zusammen, wo sie das Schicksal erzielte.

Auf der Suche nach dem Postraub.

Der Millionenpostraub beschäftigt noch unausgesetzt die Kriminalpolizei. Trotz eingehender Vernehmungen der verhafteten und überführten Täter und Durchsuchungen in dessen Wohnungen und an anderen Stellen hat von der geraubten Million noch nichts wieder hergeschafft werden können. Das ganze Geld soll nach einer der flüchtigen Räuber besitzen. Dies ist nach den neueren Feststellungen der Kriminalpolizei ein ihr bekannter Geldschmuggler Euder, der zuletzt in der Antwerpener Straße ein Fuhrgeschäft betrieb. Euder ist seit dem Tage des Postraubes aus seiner Wohnung verschwunden. Durchsuchungen in seiner Wohnung nach dem Gelde waren ergebnislos. Euder und der verhaftete Stein, der, wie mitgeteilt, ebenfalls ein wiederholt verurteilter Mensch ist, hatten schon seit längerer Zeit Beziehungen zu Max Antoch, dem Hundehändler aus der Brunnenstraße, gehabt. Dort ist auch zuerst der Plan zur Verübung des Postraubes erwogen worden. Max Antoch hat dann seinen bei dem Amt als Betriebsassistent beschäftigten Bruder Paul Antoch gemonnen, um mit ihm und der Bande gemeinsame Sache zu machen.

Die Richtlinien des Oberstadtschulrats.

In einer außerordentlich stark besuchten Elternversammlung in der Aula der 295. Gemeindeschule beschäftigte sich die Elternschaft dieser Schule mit den Richtlinien des Oberstadtschulrats Paulsen zur Unterrichts- und Erziehungsreform. Die warmherzigen, überzeugenden Darlegungen des Referenten riefen eine lebhafteste Diskussion hervor, in der die christlich-unpolitische Gruppe der Schule, verstärkt durch erbotenen Zuwachs aus einer Nachbarschule und den unvermeidlichen Pastor als Akkordreferenten einen breiten Raum einnahm. Die Stokkraft der Paulsenischen Ideen, vertreten durch begeisterte Anhänger, errang einen vollen Sieg. Bei einem schwachen Duzend Stimmhaltungen wurde die folgende Resolution angenommen: „Die am 22. März in der Aula der 295. Gemeindeschule, Tegeler Straße 18/20, versammelte Elternschaft stellt sich nach den erklärenden Ausführungen des Lehrers Schumich auf den Boden der Richtlinien Paulsens. Sie begrüßt es freudig, daß der Oberstadtschulrat die Eltern zur Mitarbeit aufgerufen hat und erklärt, daß sie eine baldmögliche Verwirklichung seiner neuzeitlichen Ideen dringend wünscht.“

Der Bund entschiedener Schulreformer, Bezirksverband Berlin, hat in seiner Mitgliederversammlung vom 16. März einstimmig beschlossen, den Aufruf des Oberstadtschulrats Paulsen mit einer grundsätzlichen Bereitwilligkeitserklärung zur Mitarbeit an der Umgestaltung des Berliner Schulwesens zu beantworten.

Für 20 000 Mark Quäkerpeisung erschwindelt.

Einen niederträchtigen Gaunertreich verübte eine Bande auf dem Osthafen in der Straßener Allee. Dort erschienen drei Männer, legten einen gefälschten Ausweis des Ortsausschusses für Quäkerpeisung in der Reuen Friedrichstraße 80 vor und hatten auf diesen hin die Quäkerpeisung für Adlershof ab. Man schöppte um so weniger Verdacht, als einer der Gauner eine Kiste mit der Aufschrift Gemeinde Adlershof trug. Dieser quittierte den Empfang der Waren mit dem Namen Max Braun. Die Gauner luden die Quäkerpeisung, ein Fass Schmalz, 50 Kisten ungezuckerte kondensierte Milch, drei Sack Reis, sechs Sack Mehl und vier Sack Bohnen, im ganzen für 20 000 M. auf ein mitgebrachtes Fuhrwerk und schafften sie damit fort. Das Fuhrwerk war ein mit zwei braunen Pferden bespannter Plattenwagen. Wer über den Verbleib der Quäkerpeisung irgendwelche Mitteilungen machen kann, wird gebeten, sich bei Kriminaloberwachmeister Steinhaus im Zimmer 110 des Berliner Polizeipräsidiums zu melden.

Von einem Rohlenwagen überschren und getötet wurde gestern mittag der 7 Jahre alte Schüler Erich Schilling aus der Rottbuser Straße 49. Der Knabe geriet vor dem Grundstück Rottbuser Str. 49 unter den Lastwagen und wurde so schwer verletzt, daß er auf der Stelle starb.

Von einem Geschäftsautomobil totgefahren wurde am Sonnabend vermittags um 8½ Uhr ein unbekanntes, etwa 8jähriges Mädchen in der Junterstraße, Ecke dera Lindenstraße, als es den Fahrdamm überschritt. Noch lebend wurde es nach der Rettungsstation gebracht, wo es aber gleich darauf an schweren Verletzungen starb.

Sturz in einen Fahrstuhlschacht. Der Rechtsanwalt Dr. Koetter, der in Schmaragdort, Charlottenbrunner Straße 47 wohnt, stürzte gestern abend im Hause Kassauerstraße 28/29 in den Fahrstuhlschacht und erlitt einen Unterschenkelbruch. Er wurde nach dem städtischen Krankenhaus in Wilmersdorf transportiert.

Aufgehobene Leiche. Am Engländer, in der Nähe der Adalbertsbrücke, wurde die Leiche einer 60 bis 70 Jahre alten Frau, deren Persönlichkeit noch unbekannt ist, gefunden.

In der Charlottenburger Brücke in Spanau wurde die bereits stark verwesene Leiche einer weiblichen Person aus der Havel gezogen, deren Persönlichkeit und Alter noch nicht festgestellt werden konnte.

Polischeoerkehr. Wegen des Osterfestes sind am 26. März die Dienststunden der Zählstelle des hiesigen Polizeikommissariats auf die Zeit von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags festgesetzt worden.

Ueber innere und äußere Politik sprach in einer von der 83. Abteilung, Reußeln, einberufenen öffentlichen Versammlung Genosse Heller. Redner behandelte in großzügiger Weise unsere Auslands-politik. Zum Abkommen von Versailles übergehend, betonte Heller dessen Undurchführbarkeit, da nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa wirtschaftlich daran zu Grunde gehe. Die Zustimmung Oberstleutnants und die sich daraus ergebenden terroristischen Maßnahmen seitens Polens, wurden auf das Schärfste verurteilt. Das Treiben der Kommunisten in Mitteldeutschland hat mit Kommunismus nichts gemein; hier seien lediglich bezahlte Provokatoren am Werke, um den Boden für die Reaktion reif zu machen. Die gut besuchte Versammlung war mit den Ausführungen des Genossen Heller voll und ganz einverstanden, was auch in der Diskussion zum Ausdruck kam.

Die Heilstättenpflege für Lungentranke. Vom Vorstand der Landesversicherungsanstalt Berlin erhalten wir eine Zuschrift, welche sich gegen die vom Verband der Lungentuberkulosekranken Deutschlands, Ortsgruppe Berlin, angenommene Resolution richtet. In der Zuschrift heißt es: Wenn in dieser Resolution gesagt wird: „Bar es unter den früheren Verhältnissen möglich, einen Lungentuberkulosekranken in drei bis vier Monaten nach Antragstellung in einer Heilstätte aufzunehmen, so ist das jetzt unmöglich.“ — So ist diese Behauptung, soweit die Landesversicherungsanstalt Berlin in Frage kommt, durchaus unrichtig. Gegenwärtig werden männliche Lungentranke vom Tage der Antragstellung an in spätestens vier Wochen auf-

dessen Nähe sich die Explosion ansehend ereignete. Menschenleben sind nicht zu Schaden gekommen. Der Sachschaden ist erheblich. Die bürgerliche Presse gab mit verdächtiger Eile sofort die Parole aus, daß Breslau größeren Schutzes durch die Polizei bedürfe. Die Breslauer Arbeiterklasse ist aber vollständig ruhig und denkt nicht daran, den kommunistischen Parolen zu folgen.

Thomas verhaftet.

München, 25. März. (B.Z.) Der Reichstagsabgeordnete Wendelin Thomas, der gestern abend in einer von der kommunistischen Partei im Münchener Kindl-Keller einberufenen öffentlichen Versammlung sprach, wurde auf Grund seiner Rede, die eine Aufforderung zum Hochverrat enthielt, von Beamten der Polizeidirektion am Hauptbahnhof festgenommen und zur Polizeidirektion verbracht. Er wird im Laufe des heutigen Tages vernommen und dann vor den Richter gestellt werden.

Eine peinliche Anzeige.

Wie unser Parteiblatt, die „Münchener Post“, erfährt, ist bei der Reichsanwaltschaft in Leipzig und bei den Staatsanwaltschaft in München von parlamentarischen Kreisen eine Anzeige gegen den Münchener Polizeipräsidenten Böhmner wegen Begünstigung im Amte eingelaufen. Es soll sich um Beziehungen des Polizeipräsidenten zu dem wegen Hochverrats verfolgten Kapitän Ehrhardt handeln. Als Zeugen werden genannt: Der Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerverschutz Forstrot Eschrich und der Ministerpräsident Dr. v. Kahr.

Irreführende Meldungen.

In der bürgerlichen Presse tauchen jetzt mehr alarmierende Meldungen auf, als der Kommunistenpuls rechtfertigen kann. Im Anschluß an die Meldung von dem Verbot der „Roten Fahne“ bringt ein Berliner Mittagsblatt heute die Nachricht, daß der „Vorwärts“ am Sonnabend früh nicht erschienen sei, weil die Angeestellten nicht hätten arbeiten wollen. Diese Meldung ist erfunden. Die Frühauflage ist vielmehr aus eigener Entschliebung des Verlages unterblieben, weil er den Arbeitern, Angestellten und vor allem den Zeitungswitwen die Ruhe des Feiertages nicht stören wollte. Die „christlichen“ Blätter haben freilich diese Rücklicht nicht geübt, sondern haben, wenigstens zum Teil, ihre Angestellten auch am Karfreitag arbeiten lassen.

Attentat auf Giolitti.

Eine Brücke, die Giolittis Zug auf der Heimreise von Rom passiert hatte, wurde bald darauf durch eine Höllenmaschine schwer beschädigt. Aus vielen Städten Italiens werden wiederum opferreiche Zusammenstöße zwischen Sozialisten und Nationalisten gemeldet. 25 Menschen sind Opfer der Bombenexplosion in dem Wiener Theater geworden.

Ein Auslieferungsbegehren.

Nachdem jüngst der Versuch, den deutschamerikanischen Detektiv Bergdoll gewaltsam aus Baden ins besetzte Gebiet zu verschleppen, seine gerichtliche Ahndung (übrigens eine recht milde) gefunden hat, kommt die sonderbare Nachricht, daß Nordamerika durch Englands Vermittlung die Auslieferung Bergdolls fordere. Diese Vermittlung wird benutzt, weil noch keine diplomatischen Beziehungen zwischen Washington und Berlin bestehen.

Es wäre ja ein schöner Anfang der Präsidenschaft Harding, wenn von uns, zweieinhalb Jahre nach dem Krieg, die Auslieferung eines Mannes gefordert und womöglich gar erpreßt würde, der nicht gegen sein Vaterland kämpfen wollte.

Moskau spaltet weiter.

Infolge der Annahme der Moskauer Bedingungen durch die schwedischen Einsparisten hat sich die Minderheit unter der Führung des Abg. Bennerström als U.S.P. konstituiert. Einer Anzahl Reichsberger Kommunistenführer, darunter Vizebürgermeister Neurath und Abg. Dr. Hahn, die aus dem jetzigen Reichsgebiet stammen, ist die nach dem Umsturz erworbene tschechoslowakische Staatsbürgerschaft entzogen worden, weil sie die Voraussetzungen eines in Kraft gebliebenen allösterreichischen Heimatsgesetzes nicht erfüllen. Sie verlieren ihre Mandate und können ausgewiesen werden.

Sowjet-Rußland nach dem Aufstand.

Helsingfors, 24. März. (D.Z.) Nach den letzten Nachrichten herrscht in Petersburg und Moskau äußerliche Ruhe. Lebensmittel sind äußerst knapp. Um die Bevölkerung zu beschwichtigen, wird in Petersburg die Verteilung von Stoffen, Schuhwerk und dergleichen in Aussicht gestellt und die Bevollmächtigung wird aufgeschoben, die Lebensmittelkarten für April und Mai abzugeben. Da die bisherigen Abperlungsmassnahmen aufgehoben sind, geht die städtische Bevölkerung daran, die noch in ihrem Besitz befindlichen Habs bei den Bauern gegen Lebensmittel einzutauschen. Das Gewerkschaftsblatt „Rachowit“ erklärt, die

Auswanderung wegen Nahrungsmittelmangels

habe einen solchen Umfang angenommen, daß fast keine Arbeitskräfte mehr übrig geblieben seien. Die Zahl der Schlepphändler ist wieder im Zunehmen begriffen. Die Bevölkerung versucht eine Selbstversorgung auf genossenschaftlicher Grundlage zu organisieren. Die Moskauer „Ispetija“ wie auch die übrige Sowjetpresse erklären die Aufhebung der Ablieferungveranlassung für einen Akt großer Staatsweisheit; darüber hinaus aber seien heroische Maßnahmen notwendig. Gegenüber den Versuchen der Petersburger Presse, den Kronstädter Aufstand als eine weißgardistische Verschwörung hinzustellen, verlangen die Arbeiter eine Untersuchung der Angelegenheit durch eine aus „Parteilosen“ gebildete Kommission.

Neue Waffenverhaftungen.

Das in Berlin erscheinende Organ der Menschewitz, der „Sozialistische Wjestnik“, berichtet, daß in Moskau das gesamte Zentralkomitee der Partei und alle Teilnehmer einer zahlreich besuchten menschenwärtigen Parteidemonstration anlässlich der letzten Urwahlen von den Sowjetbehörden verhaftet worden sind. In der ganzen Provinz werden sämtliche menschenwärtigen Führer festgenommen.

Amerika lehnt ab.

Auf das Handelsangebot Sowjetrußlands antwortet Nordamerika kühl ablehnend unter Hinweis auf den vollkommenen Ruin der russischen Wirtschaft. Die Sowjetregierung möchte erst das System ändern, der Produktion durch Sicherheit der Person, Anerkennung des Privateigentums, Heiligkeit der Verträge und Freiheit der Arbeit die unentbehrlichsten Grundlagen schaffen.

Damit stellt sich Hardings Regierung vollkommen auf privatkapitalistisches Boden und überläßt den Wiederaufbau Rußlands (und seine Ausbeutung) den Briten allein.

Sozialdemokratischer Kulturtag.

(Schluß von der 1. Seite.)

Was ist eigentlich sozialistische Kultur? Uns Sozialisten ist das menschliche Zusammenleben nicht eine Gesellschaft einzelner Menschen, sondern ein übergeordnetes Ganzes mit eigenartigen Zwecken. Während in der christlichen Lehre der Anbegriff die Liebe sei, ist der Anbegriff der neuen Lehre

Kameradschaftlichkeit und Solidarität.

Es ist nach wie vor richtig: Religion bleibt für uns Privatfache, sie darf nicht Partei- und auch nicht Staatsfache sein, was aber trotzdem mit dem Standpunkt vereinbar ist, daß Religion eine Angelegenheit der ganzen Volksgemeinschaft ist.

Das kapitalistische Zeitalter konnte eine Kulturgemeinschaft überhaupt nicht schaffen, dagegen hat es Kulturwerke in Hülle und Fülle geschaffen. Vor diesem Spracher der Kulturwerke hat das Volk mit leeren Händen gestanden. Nur einem kleinen Kreise war es beschieden, aus jenem Magazin der Kulturwerke zu entnehmen. Auch der Nachunterschied zwischen Gebildeten und Ungebildeten war dem kapitalistischen Zeitalter vorbehalten. — Die Weltanschauungsschule dürfte nicht die Schule sein, die wir erstreben müssen, ebensowenig die Bekenntnisschule. Sie müßte zu einer weiteren Zerspaltung des Schulwesens führen und werden auch der sozialistischen Weltanschauung nicht gerecht. Alle Pflaster sind uns zuwider, sowohl die des Atheismus als auch die Pflaster überkommener Religion. (Lebhaftes Beifall)

Der Redner unterbreitete der Versammlung folgende

Thesen:

Die sozialdemokratischen Lehrer und Eltern werden in den kommenden Schulämpfen der drohenden Zerspaltung unseres Schulwesens den Gedanken der weltlichen Gemeinschaftsschule entgegenstellen. Nicht eine dogmatisch gebundene Schule, heiße sie nun Simultan-, Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule, sondern die vom Geiste der Gemeinschaftsschule und Gemeinschaftskultur befeuerte weltliche Schule ist die Schule, welche die Sozialdemokratie fordert und fördert.

Es folgte das Referat des Genossen Arst (Dresden), über

Aufbau und Lehrplan der weltlichen Schule.

Wir würden die weltliche Schule schon haben, wenn uns die Reichsverfassung nicht einen Strich durch die Rechnung gemacht hätte. Sie wird hingestellt, als ob sie prinzipiell gegen die Religion und gegen das Christentum ankämpfe wolle. Ihr Ziel müßte sein, die Heranbildung freier und gleichberechtigter Menschen zu jedem Gliedern einer Kulturgemeinschaft, die der heranwachsenden Jugend den Willen zur Gemeinschaft lebendig machen. Die Schule müßte alle Tendenzen ablehnen, die dem Gemeinschaftsgedanken entgegenstehen. Von diesen Gesichtspunkten aus lehnen wir jeden Religionsunterricht ab. Man gebe mit dem Gedanken der Religion haften, meine dabei aber keine eigene Bekenntnisanschauung. (Sehr richtig!) Für jene Kreise handelt es sich nicht um einen Kampf für die Religion, sondern um einen Kampf um den Herrschaftseinfluß der betreffenden Religionsgesellschaft auf die Kirche. Das sei es auch, was uns nicht zum nationalen Einheitsstaat kommen lasse.

Die Privatschulen bedeuten nichts anderes als eine Zerspaltung des Schulwesens, deshalb müssen wir deren Gegner sein. Auch die Einrichtung von Begabenschulen sei abzulehnen. Für die weltliche Schule ist zu wünschen, daß der Gedanke der Arbeitsschule nach der Methode des Erarbeitens lebendig ist. Wir müssen den Stoff nach den ethischen Gesichtspunkten behandeln. Wir lehnen einen besonders eingetragenen Moral- oder lebenskundlichen Unterricht ab, er muß vielmehr hineingestellt werden in die Gesamterziehungsauffassung. Zum Schluß betonte der Redner die Notwendigkeit, daß sich die Erzieherwelt international organisieren müsse. (Beifall.)

Debatte

wandte sich Lang (Leipzig) gegen verschiedene Ausführungen Dr. Radbruchs und vertrat den Standpunkt, daß man nur durch intensifste Aufklärungsarbeit bei den Eltern, aber auch bei der Lehrerschaft zur weltlichen Schule kommen werde.

Gösch (Halle) schilderte die politischen Verhältnisse, die es in Halle schwer machen, die kommunistisch geimmten Eltern für die weltliche Schule zu gewinnen. — Hönlich (München) legte dar, daß in Bayern der härteste Kampf um die weltliche Schule geführt werden müsse. Nicht besser liegen nach den Ausführungen des nächsten Redners Lenge (Köln) die Verhältnisse in der rheinischen Hauptstadt, der Hochburg des Klerikalismus. — Kreischa (Köln) bekämpfte die Zwerghubetriebe und meinte, daß überall da, wo eine leistungsfähige weltliche Schule nicht erreichbar sei, eine leistungsfähige Simultanschule angestrebt werden müsse.

Apfahl (Neustadt) teilte mit, daß in seiner Heimatstadt nur 20 Proz. der Kinder für die weltliche Schule gewonnen seien, die Eltern der anderen Arbeiterkinder zögerten aber noch immer, ihre Kleinen aus der evangelischen Schule herauszunehmen. Dies werde sich erst ändern, wenn es gelungen sei, eine wirkliche Arbeits- und Gemeinschaftsschule zu schaffen. — Oetrich (Berlin) predigte den schärfsten Kampf gegen Zentrum und die Rechte, die Verhandlungen der Reichsverfassung.

Genosse Heinrich Schulz (Berlin) versicherte, daß er nur unter dem Zwange der politischen Lage dem

Weimarer Schulkompromiß

zugestimmt habe. Wir haben eben die Massen noch nicht genug mit sozialistischem Geiste durchdrungen. Die Machtverhältnisse in den Parlamenten müssen geändert werden. Dabei könne es sich aber nicht um einen Kampf der sozialdemokratischen Lehrer handeln, sondern nur um einen Kampf der Sozialdemokratischen Partei.

Dejn (Darmstadt) hielt es für notwendig, daß sich die Lehrerschaft von der Simultanschule trennt, was sie in der Hauptsache aber noch nicht getan habe, da sie überwiegend noch demokratisch orientiert sei.

In seinem Schlusswort erklärte Arst (Dresden), daß in religiösen Fragen keine Leisterei getrieben werden dürfe. Kompromisse bringe leider das Leben noch genug allein. Freilich dürfe nicht mit täppischen Fingern in diese Dinge hineingegriffen werden. Dann müsse auch alles daran gesetzt werden, den § 14a der Reichsverfassung zu Falle zu bringen.

Hierauf wurde die Entschließung Dr. Radbruchs einstimmig angenommen.

Nachmittagsführung.

In der Nachmittagsführung, die vom Vorsitzenden, Staatssekretär Heinrich Schulz, mit einem ehrenvollen und warm empfundenen Nachruf für den verstorbenen Genossen Landtagsabgeordneten Ernst Grenz eingeleitet wurde, wurde über die Neugestaltung des Geschichtsunterrichts beraten.

Zuerst sprach Professor Dr.

Ludo Hartmann

(Wien) über Geschichtsauffassung und Geschichtsdarstellung.

Das, was wir Geschichte nennen, sei nichts anderes, als ein willkürlich herausgegriffener Abschnitt aus dem Weltgeschehen, ein exakter Zusammenhang zwischen den verschiedenen Abschnitten historischen Geschehens. Es sei also eine schwierige Sache mit der Geschichtsforschung und somit auch mit der Darstellung. Etwas besser stehe es mit den Massenereignissen, wo man eher vollkommene Meinern könne. Und da könne man sagen, daß das Gesellschaftliche das Gegebene ist. Die einzelnen Körper auf der Erde, in die die Menschheit zerfällt, seien — man denke auch an den Weltkrieg — der beste Beweis, daß die ganze Menschheit in innigem Zusammenhange zueinander stehe. Nichts weniger bleibe übrig als die unge-

heure Auswahl des Stoffes. Es bestehe die große Gefahr, daß der eigentliche

Sinn und Zweck der Geschichte

leicht illusorisch gemacht werde, nämlich der Historismus. Die Auswahl sei abhängig von den Fortschritten der Methoden und der Weltanschauungen. Die Demokratie von heute beginne die Beobachtung von Massenereignissen. Es sei falsch, über einzelne Personen oder Massenereignisse Werturteile abzugeben, die unhistorisch und unwissenschaftlich sind. Ebenso gefährlich seien bei der Darstellung historische Ereignisse, oberflächliche Analogieschlüsse und die Abhängigkeit von vorgefassten Meinungen. Die Verherrlichung der Dynastien, die Nachahmung und die Verfolgung einer imperialistischen Politik, die bisher Grundlage aller Geschichtsbücher waren, werden jetzt verschwinden. Es bestehe aber die Gefahr, daß beim Schreiben neuerer Geschichtsschreiber in den gegenteiligen Fehler verfallen. Der Geschichtslehrer müsse vollständig unabhängig sein, auf der anderen Seite müsse er aber absolutes Verantwortungsgesühl haben. Die Geschichtsdarstellung müsse zum Denken führen; sie solle nicht darstellen, wie es gewesen ist, sondern wie alles geworden ist.

Der zweite Redner Henningsen (Hamburg) behandelte das Thema:

Der neue Geschichtsunterricht.

Die Frage des Geschichtsunterrichts sei ebenso notwendig wie die der weltlichen Schule und das Sequelle in der Erziehung. Das Problem des Geschichtsunterrichts müsse mit dem Grundgedanken der Erziehung überhaupt untersucht werden. Während früher der Geschichtsunterricht die Tendenz verfolgte, den Menschen zu einem getreuen Untertan und in Ehrfurcht vor Thron und Altar zu erziehen, soll er ihn jetzt in die neuen Verhältnisse einführen. Die künftige Schule werde nicht mehr Unterrichtsanstalt, sondern wirtschaftlicher Haushalt, Lebensgemeinschaft von Kindern, Eltern und Lehrern sein. Sie werde sich aufbauen auf der Grundkenntnis, daß in gesellschaftlich notwendiger Arbeit alle Gestaltungsmöglichkeiten liegen. Bei dem Unterricht komme es nicht auf Lehrplan und chronologische Stoffordnung an. Die Geschichtsmöglichkeit allein zwingt zu einer geschlossenen Folge. Eine solche

Schule der Zukunft

sei auch ohne Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse schon heute möglich. Es gehören dazu nur der einmütige Wille des Erziehungsberechtigten und ein Organisator. Der Begriff der neuen Schule sei weit, so weit zu fassen, wie es das Leben selbst sei. In jener Zeit werde es auch zu einer Umformung der Universität kommen. Man werde dann den Kopf schütteln, wie es im 19. Jahrhundert möglich sein konnte, Politiker zu sein ohne soziologische Vorkenntnisse. Welche Geschichtsauffassung dem Unterricht zur Grundlage gemacht wird, sei dann nebensächlich, weil das höhere Autoritätsverhältnis der alten Schule weggefallen und ein freies, freies Räteinanderwirken an seine Stelle getreten ist. Die neue Schule werde hinführen in eine kulturell hochstehende Gesellschaft.

In der

Ausdrache

betonte Kowerau (Berlin), daß unter keinen Umständen der Geschichtsunterricht ein neues Dogma an Stelle des alten bringen dürfe. Literatur, Philosophie, Religion usw. müssen herausbegriffen werden aus den gesellschaftlichen Zusammenhängen.

Schröder (Berlin): Der Geschichtsunterricht sei in erster Linie eine Frage der Lehrpersonlichkeit. Man müsse dafür sorgen, daß neue Geschichtswerke unter Mitwirkung sozialistischer Schulmänner geschrieben werden. — Dr. Helene Wegscheider (Berlin): Die Abschaffung der alten Geschichtsbücher in einem schnelleren Tempo als bisher in Preußen ist eine erste Bedingung. Die Einführung neuer Geschichtstabellen als Lehrbuch würde nicht das Richtige sein, denn es würde heißen, ein junges Kind in ein Korsett einzuhüllen. Wir müssen unsere Lehrer auf die Quellenbildung und weiter dafür sorgen, daß das alte Geschichtsbild auch in den Köpfen unserer Kinder verbleibt. — Trinks (Dresden) verneinte, daß es möglich ist, den Kindern

objektive Geschichte

vorzuführen. Das sei aber auch nicht nötig, weil es nicht im Interesse der Erziehungsarbeit liege, denn die Erziehung der Kinder richte sich nach großen Tendenzen, die auch im Geschichtsunterricht vorhanden sein müssen. — Hieche (Sohland) forderte billige Preise für Schulbücher.

Schulle (Hamburg) meinte, zur Erteilung eines Schulunterrichts, wie ihn Henningsen geschildert habe, sei eine Fülle von Persönlichkeiten erforderlich, die aber heute nicht vorhanden sei. Deshalb müssen die Lehrerseminare in erster Linie umgestaltet werden. — Dohle (Berlin) trat energisch dafür ein, daß die Kinder zu Weltbürgern erzogen werden. Dann werde auch die Zeit nicht mehr fern sein, daß sich die Völker im Schatten des Delbaumes zusammensetzen. — Marquardt (Berlin-Lichterfelde) lenkte die Aufmerksamkeit auf den

Geschichtsunterricht in der höheren Schule

und hielt es, um hier eine Aenderung herbeizuführen, für notwendig, aus der Oberlehrerschaft diejenigen Herren herauszuziehen, die noch heute unter dem Druck der Angst leben, die der Kollegenbontost auflöst, und ihnen Gelegenheit zu geben, unsere Geschichtsauffassung lernen zu lernen.

In seinem Schlusswort vertrat Henningsen (Hamburg) die Auffassung, daß die Sozialdemokratie bemerken müsse, daß sie, wenn es zum neuen Geschichtsunterricht komme, die einzige Partei ist, die die Politik von der Schule fernhalte.

Demgegenüber betonte Dr. Ludo Hartmann in seinem Schlusswort, daß man doch äußere Politik treiben müsse, um Weltzusammenhänge zu erkennen. Nur eine größere Allgemeinbildung der Lehrer könne helfen. Der Lehrer müsse eben, ehe er in die Schule komme, die Universität besuchen. (Lebhafter Beifall.)

Die Hilfe für Oesterreich.

Wien, 25. März. (B.Z.) Dem Hauptauschusse beehrte Bundeskanzler Dr. Kahr über seine Londoner und Pariser Verhandlungen. Er erklärte, die Lösung, daß die Kreditaktion unter der Leitung des Völkerbundes stattfinden solle, erscheine ihm politisch und finanziell als eine glückliche. Die Anstalten der maßgebenden Finanzleute, mit denen die Delegation mehrfach in Berührung kam, geht dahin, daß die notwendigen Kredite für Oesterreich auf der jetzt festgelegten Grundlage zu normalen Bedingungen zu erhalten sein werden.

Bezüglich der wolgungarischen Frage habe er die maßgebenden Stellen in London und Paris erlucht, eine hinsichtlich rasche Ratifizierung des Friedensvertrages mit Ungarn herbeizuführen zu wollen. Es sei ihm zugefagt worden, daß diese Ratifizierung kurz nach Ostern durch die in Frage kommenden Parlamente erfolgen werde.

Schließlich verwies der Bundeskanzler auf die von Minister Roucheur erhaltene Zusicherung, daß Oesterreich 200 000 Tonnen Rohle mehr als bisher monatlich zugewiesen werden könnten. (1) Preise und Bedingungen würden in den nächsten Tagen mitgeteilt werden.

Die Urwahlen im Holzarbeiterverband.

Nach der bisherigen Zählung hat die durch Urwahl vorgenommene Vorstandswahl für die Berliner Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes folgendes Ergebnis gebracht: Liste Freigang (Richtung Amsterdam) 7933 Stimmen, Liste Diecke (Moskau) 4765 Stimmen.

Veranst. für den rebell. Teil: Dr. Werner Beller, Charlottenburg; für Urwahlen: Dr. Westk. Berlin. Verlag: Friedrichs-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Soewaldt-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Rindowstr. 2. 4. 1920.